

Protokoll

über die Sitzung des Landtages vom 31. Dezember 1929 vorm. 9 Uhr

1.) Sitzung im Konferenzzimmer.

Gegenwärtig: Sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme Emil Batliner

Reg. Chef Dr. Hoop.

Anton Seger.

Wir werden nicht darum herumkommen, dass in der Sache wegen der Gehaltsaufbesserungen die Öffentlichkeit sich beschäftigt. Jetzt denke ich nur an die Stellungnahme von uns. Man wird fragen, sind die stipulierten Gehaltsansätze anrechenbar auf die Pension, gelten sie als Grundlage für die Pensionierung.

Von Pension ist nichts gesprochen worden. Das Pensionsgesetz ist eine noch unabgeklärte Sache.

Da müsste man sagen, der Gehalt ist nicht als Grundlage für ~~die Pensionierung~~ die Pensionierung anzusehen.

Gassner hat ganz recht gehabt, wenn er diesen Punkt abgeklärt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas erwähnen. Bezüglich der Einbürgerung sind wir zum Teil falsch verstanden worden. Es handelt sich da nicht um möglichst viele Einbürgerungen, sondern nur um ganz seltene Fälle. Für uns ist das nicht anderes als eine verdiente Titelverleihung. Nicht dass man Angst haben müsste, dass ein Haufen Einbürgerungen jetzt stattfinden.

Jch möchte nicht haben, dass da Unklarheit herrsche.

Es soll das nicht Geschäft werden.

Im Anschluss an die Gehaltserhöhungen werden die Arbeiter nun auch kommen. Hat nicht seinerzeit der Arbeiterverein eine Eingabe eingereicht, wo es sich um Arbeitslosenunterstützung gehandelt hat.

Jch schrieb ihnen, sie sollen ^{ein} genaues Exposé senden, wie sie sich die

Sache denken. Seither ist nichts mehr gekommen.

Die haben keine Ursache sich aufzuregen, denen hat man letztes Jahr auch etwas bewilligt.

Die Sache ist so: Andere Länder haben bezüglich der Arbeitslosenunterstützung Gegenseitigkeit. Wenn z.B. ein arbeitsloser Deutscher, der in Oesterreich arbeitet, arbeitslos wird, so bekommt er dort auch die Arbeitslosenunterstützung und umgekehrt. Mir würde der status quo ganz gut passen. Die liechtenst. Arbeiter, die sozialistisch organisiert sind, haben nur einzuzahlen, weil sie organisiert sind, bleiben sie ausser dem Verband, so haben sie nichts einzuzahlen. Wegen dieser Arbeiter, die in Zürich drunten sind, müssen wir uns nicht so fürchten.

Chief: Der Zürcher Arbeiterverein fühlt sich als sehr massgebende Instanz, wir haben oft mit ihm zu tun. Das eine Mal protestiert er gegen etwas, ein anderes Mal macht er Vorschriften. Wir haben ihnen einmal geschrieben, dass wir uns von ihnen nichts dreinreden lassen.

Präsident: Ich würde hier zur Sache B. Vogt den Fall zuerst ganz klarstellen.

Beihel: Die in Zürich haben sich sogar um die Autofahrten gekümmert, wegen der Autokurse. Ich meine, alles, was recht ist, aber den Autofahrplan den machen wir schon noch selber.

St: In Zürich kann kein anderer existieren als ein Organisierter. Da sind aber Dutzende unten, die sind entweder anders organisiert oder sie sind frei. Aber mindestens 2/3 tel oder 3/4 tel sind aufgestachelt worden.

Präsident: Frommelt verweist sodann auf die Kehrseite einer Arbeitslosenversicherung, indem man eine solche Einrichtung auch missbrauchen könne, aber er sei auch dafür, dass man die Arbeiter im allgemeinen nicht aus dem Auge lasse.

Es kommt sodann nochmals zur Sprache das Gesuch des Realschuldirektors Nipp um unentgeltliche Wohnungsüberlassung.

B. Vogt: Wieviel ist der Betrag?

Fr 500.

B. Vogt: Ich würde auch auf die Hälfte heruntergehen, Fr 250.-, eine solche

Wohnung ist schon kein Vergnügen.

Nipp hat dann noch einen Untermieter.

Es ist noch ein schöner Garten und eine Bündt dabei.

Jch wäre sicher der letzte, der Dr. Nipp nicht etwas gönnen würde

Aber die Herren werden doch begreifen, es wurde seinerzeit gesagt,

die Arbeiten seien bei Beiden gleich, sie sollen gleichgestellt sein..

Jch könnte aus Prestigegründen nicht beistimmen, sonst wird gesagt

werden, man gebe dem einen eine Wohnung, dem andern nicht.

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Bei Gehaltserhöhungen

muss man es ungefähr gerecht machen.

Die Argumente, die Dr. Nipp für sein Gesuch ins Feld führt, haben

etwas für sich. Man hat von ihm verlangt, was von keinem ^{Ober-}verlangt wurde.

Er hat Studien, die ihn befähigen würden, in ausländischen Realschulen

zu spazieren.

Umgekehrt ~~man~~ kann man aber auch sagen, er hat seine Stellung unter

diesen Bedingungen angenommen. Fr 5500.- ist schon etwas.

Nipp fühlt sich nur immer gekränkt, man habe ihn einmal ganz allein

abgebaut, sonät niemanden. Man habe ihm seinerzeit die Wohnung genom-

men. Das hat in furchtbar gekränkt. Jch möchte mich nicht dafür und

nicht dagegen aussprechen.

Das letzte Mal hat man 200 Fr nicht bewilligt, jetzt mehr auf einmal

schon.

Die Erinnerungen der letzten Jahre darf man nicht herziehen. Letztes

Jahr wurde auf der ganzen Linie abgebaut, heuer erhöht man, auch

dort, wo nicht einmal Gesuche vorliegen.

Weil es nicht eine vollwertige Wohnung ist, ginge ich auf 300 Fr

Er sagte, wenn man ihm nicht entgegenkomme, werde er mittags die Auf-

sicht ablehnen.

Jch würde den Vorschlag machen, ihm das Brennmaterial anzurechnen.

Wieviel bekommt er von der Untermietung? Fr 300.-

Das hat man erklärt, das geht niemand was an, wenn er jemand in seine

Wohnung hineinlässt und sich dann mit ganz wenigen Räumen begnügt,

ist das seine Sache.

Wenn er den Garten vermietet, bekommt er nochmals 100 Fr.

Das geht uns nichts an, wenn er sich einschränkt.

4.

Marxer: Man sollte sich in der Geschichte einigen und zwar so dass es keinen Lärm macht.

Ich verlange Abstimmung über meinen Antrag.

Wer dafür ist, dass die Wohnung reduziert wird von Fr 500.- auf Fr 300.- allerdings mit der Heizungsrechnung, mag dies durch Hand-
erhebung kundtun.

Ergebnis: 2 Stimmen dafür.

Wer für Antrag Ospelt ist, dass die Wohnung bleibt mit Fr 500.-, hin-
gegen die Beheizung kostenlos zugestellt wird, mag dies durch Hand-
erhebung kundtun.

Ergebnis: mehrheitlich dafür.

Schluss 3/4 10 Uhr. (Fortsetzung im öffentlichen Landtag).

Handwritten signature
Handwritten initials